

## Steigerung der Hochschulausgaben auf 2% des BIP bis zum Jahr 2020: Untergrenze der Anstrengungen?

*Die Aufgabenerfüllung der Hochschulen ist in Österreich derzeit (in Relation zur Studierendenzahl und gemessen am BIP pro Kopf) und relativ zu führenden europäischen Vergleichsländern finanziell knapp dotiert. Um die Hochschulausgaben bis 2020 auf 2% des BIP zu steigern, wäre eine Verdoppelung der jährlichen Ausgaben auf 8,2 Mrd. € erforderlich. Dies würde die Möglichkeiten für Forschung und Lehre real erhöhen, nach Projektionen würden sie aber wahrscheinlich unter dem Niveau einer Vergleichslandergruppe von kleinen, offenen, hochentwickelten Volkswirtschaften (Finnland, Schweden, Schweiz, Niederlande, Dänemark) bleiben. Das 2%-Ziel sollte demnach eher als Untergrenze der Anstrengungen betrachtet werden. Kritische Variable sind der zuletzt beträchtliche Anstieg der Zahl der Studierenden und die Allokation der Mittel auf unterschiedliche Aufgaben wie Forschung und Lehre. Der private Finanzierungsanteil ist derzeit sehr niedrig; eine Erhöhung auf den Durchschnitt von 21 untersuchten EU-Ländern würde das für das 2%-Ziel notwendige öffentliche Ausgabenwachstum kumuliert um 3,5 Mrd. € senken.*

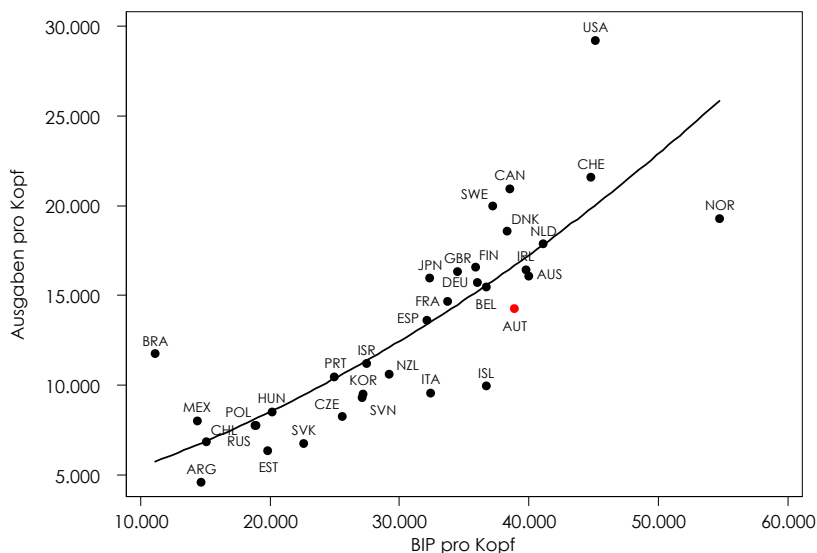
Nach den letztverfügbaren OECD-Zahlen aus dem Jahr 2009 entsprechen die Ausgaben für Hochschulen in Österreich mit 1,43% des BIP dem EU-Durchschnitt, liegen aber unter dem OECD-Durchschnitt (1,58%). Ein Vergleich der Finanzierung von Hochschulsystemen sollte sich aber nicht nur an den Hochschulausgaben in Relation zum BIP orientieren, sondern auch die Dimension der Aufgaben berücksichtigen, die damit finanziert werden (z. B. Anteil der Studierenden an der Bevölkerung). Im Vergleich mit einer Gruppe von kleinen, offenen, hochentwickelten Volkswirtschaften (Finnland, Schweden, Schweiz, Niederlande, Dänemark) ist die Finanzierung der Hochschulen (Hochschulausgaben in Relation zur Studierendenzahl und gemessen am BIP pro Kopf) in Österreich knapp bemessen (Rückstand 30% oder rund 4.200 \$ pro Kopf und Jahr), gegenüber den USA ist der Rückstand noch viel höher (-100% oder rund -14.200 \$). Die relativ hohe Ausgabensteigerung in den Jahren 2002 bis 2009 (+0,3% des BIP) wurde durch die wesentlich stärkere Zunahme der Studierendenzahl (+130.000) mehr als kompensiert.

Das WIFO hat einen Pfad für die Hochschulausgaben berechnet, auf dem (bei gegebener Entwicklung des BIP) entsprechend dem Ziel der österreichischen Bundesregierung bis zum Jahr 2020 eine Hochschulausgabenquote von 2% des BIP erreicht wird. Aus der Gegenüberstellung dieses Finanzierungspfades mit der Entwicklung der Zahl der Studierenden sind die realen Expansionsmöglichkeiten für den tertiären Bildungssektor und damit das Potential für die Ausweitung der Aufgabenerfüllung durch die Hochschulen abzuleiten. Im Wesentlichen

müssten sich die jährlichen Ausgaben für den tertiären Bildungssektor bis 2020 etwas mehr als verdoppeln (von rund 4 Mrd. € auf 8,2 Mrd. €). Das entspricht einer Steigerungsrate von knapp über 7% jährlich, die sogar etwas unter dem Wachstum des Zeitraumes 2000/2010 liegt. Die jährlichen Mehrausgaben betragen gemäß dieser Schätzung im Jahr 2011 350 Mio. € und erreichen gegen Ende des Fortschreibungshorizonts 560 Mio. €. Bereinigt um die Entwicklung der Preise bzw. der Löhne würden den Hochschulen dann immer noch um rund 4% höhere Mittel pro Jahr zur Verfügung stehen, sodass eine reale Ausweitung von Forschung und Lehre möglich ist.

Abbildung 1: Hochschulausgaben einschließlich F&E gemessen an der Zahl der Studierenden in Relation zum BIP pro Kopf

2009, in \$, kaufkraftbereinigt, in Vollzeitäquivalenten



Q: OECD, WIFO-Berechnungen.

Die Steigerung der Hochschulausgaben zur Erreichung einer Quote von 2% des BIP im Jahr 2020 nähert den Indikator zwar dem Durchschnitt der Vergleichsländergruppe an, der Rückstand könnte aber auch bei nur schwachem Anstieg der Studierendenzahl noch immer mehr als 10% (statt bisher 30%) betragen. Das 2%-Ziel sollte daher als untere Grenze für die Bestrebungen zur Ausweitung der finanziellen Dotierung des Hochschulsektors angesehen werden. Wenn diese Steigerung nicht nur öffentlich, sondern zunehmend auch privat finanziert werden soll, wären Studiengebühren von rund 1.300 € pro Semester im Jahr 2020 notwendig, um den Durchschnitt des Privatanteils von 21 EU-Ländern zu erreichen. Dies würde die öffentlichen Haushalte kumuliert um etwa 3,5 Mrd. € entlasten. Zur Vereinbarkeit von Studiengebühren mit einer steigenden Akademikerquote sind aber unbedingt Finanzierungsinstrumente wie Stipendien und einkommensabhängig rückzahlbare Bildungskredite notwendig.

Wien, am 11. März 2013

Rückfragen bitte am Dienstag, 12. März 2013, zwischen 10 und 16 Uhr an  
Dr. Jürgen Janger, Tel. (1) 798 26 01/260, [Juergen.Janger@wifo.ac.at](mailto:Juergen.Janger@wifo.ac.at).

Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem WIFO-Monatsbericht 2/2013  
(<http://www.wifo.ac.at/www/pubid/46409>)